

Unterstützt den Kampf der Arbeiter in der Notunterkunft Brelohstraße!

27. 4.

1972



10 Pf

Nr. 93

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Wie notwendig ein teach-in zur Situation der Obdachlosen und ein anschließendes spontanes go-in im Obdachlosenasy! Brelohstraße waren, wird durch die Antwortschreiben der Stadt und des Regierungspräsidenten in Arnsberg völlig klar. Die Interessengemeinschaft der Obdachlosen hatte mit Hilfe von Studenten der Projektgruppe Brelohstraße Versammlungsräume (es stehen genügend Räume leer) in der Notunterkunft gefordert.

Brief der Stadt

„Wie ich feststelle, haben Sie sich mit einer Gruppe von Damen und Herren unberechtigt in den Besitz eines Raumes der Wohnunterkunft für Obdachlose, Bochum, Brelohstraße 76/8 gebracht. Über das Ungesetzliche Ihres Handelns dürften Sie sich bei dem Eindringen in den Raum im klaren gewesen sein.“

Hiermit wird Ihnen und allen Beteiligten Ihrer Gruppe Haus- und Unterkunftsverbot erteilt.

Das Verbot erstreckt sich auf alle Gebäude und Räume der vorgenannten Wohnunterkunft. Es wird Ihnen hiermit ausdrücklich untersagt, das Gelände der Unterkunft zu betreten. Sollte gegen diese Unterkunftsverbot verstoßen werden, werde ich Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gemäß § 123 StGB gegen die Übertreter des Verbots stellen.

Hochachtungsvoll
Der Oberstadtdirektor

Studenten-Einkauf

- Olympia-Monica**
die meist verkaufte
Studenten-Schreibmaschine:
DM 275,-
 - Rechenstäbe**
(Aristo-Studio 0968):
DM 31,-
 - Zeichenmaschinen, Zeichengeräte,
Lehrmittel aller Art
Neuheiten, z. B.
 - Water-Pik-Munddusche**
für den, der nicht gern
zum Zahnarzt geht:
DM 138,-
 - Möbel aller Art**
Teppiche, Gardinen
Bekleidung, Textilien
- erhalten Studenten besonders günstig. Schreiben Sie noch heute an den Studenten-Einkauf 3406 Bovenden und verlangen Sie unser Gesamt-Programm.



Der Regierungspräsident

Sehr geehrte Frau... Ich bestätige hiermit den Eingang des von Ihnen unterschriebenen Bezugsschreibens. Zur Frage der Unterbringung von obdachlosen Personen in gemeindeeigenen Unterkünften weise ich Sie auf Grund Ihrer Ausführungen zunächst auf folgendes hin:

Die gemeinsamen Unterkünfte sollen nach den geltenden Bestimmungen ein Unterkommen einfacher Art gewährleisten, das Schutz vor den Unbilden der Witterung bietet sowie Raum für die notwendigsten Lebensbedürfnisse läßt. Die an eine Normalwohnung zu stellenden Anforderungen bezüglich der Lage, Größe, Einrichtung und sonstigen Verhältnisse brauchen nicht erfüllt zu sein. Gesundheitsgefahren dürfen jedoch nicht entstehen. Es besteht unbeschadet der aufgestellten Mindestanforderungen, weder ein Anspruch auf Räume bestimmter Art, Lage oder Größe oder für eine bestimmte Zeitdauer noch ein Anspruch auf Raum für berufliche Arbeit, sonstige Beschäftigung oder zum Unterbringen von Haustieren. Dies soll bezwecken, daß ein vorläufiger Aufenthaltsort geschaffen ist. Nach der Rechtslage ist und bleibt es in erster Linie Pflicht des Obdachlosen selbst, sich um eine Unterkunft

Fortsetzung auf Seite 2

Niederlage des US-Imperialismus

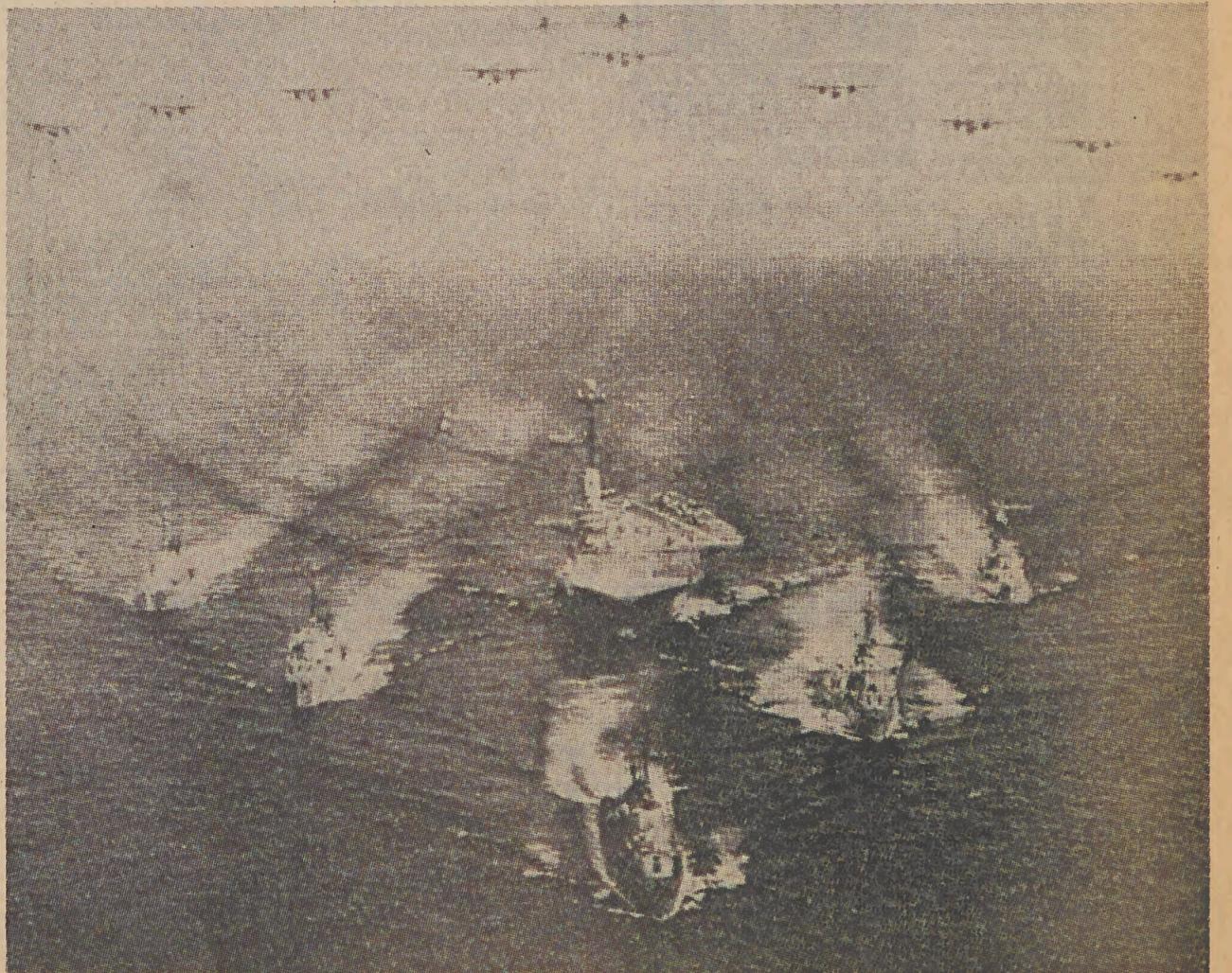
In jeder Nacht fallen heute bis zu Tausend Tonnen amerikanischer Bomben auf die bisher vom Vietkong eroberten Gebiete — die Bombenlasten, die über Nordvietnam abgeladen werden, sind hier noch nicht einmal mitgezählt. Das Versprechen des Rückzugs der US-Bodentruppen bedeutet keinesfalls einen Rückzug der US-Armee aus dem Krieg überhaupt, im Gegenteil, Flotte und Luftwaffe entsenden laufend Verstärkungen nach Südostasien.

Dennoch ist zu erkennen, daß all diese Anstrengungen dem Imperialismus in Indochina nichts mehr nützen: Der Vormarsch der Nordvietnamesen und der Vietcong hat sich, trotz gegenteiliger Prognosen der „Fachleute“ zu Beginn der Mehrfrontenoffensive, nirgendwo aufhalten lassen. Heute sprechen Kommentatoren bereits vom befürchteten Fall Saigons. Wenn man bedenkt, daß die offiziellen „body-counts“ bisher fast 800 000 tote Kommunisten zählte, ist es verwunderlich, daß es überhaupt noch Gegenwehr gegen die Imperialisten und ihre Lakaien gibt. Doch diese — selbst von bürgerlichen Kommentatoren als erlog bezeichneten — Zweckmeldungen stimmen die, für die sie bestimmt sind, nicht optimistisch, im

Gegenteil: Die Moral der US- und der südvietnamesischen Truppen sinkt rapide. Zunahme des Rauschgiftkonsums hier und Massen-Desertationen dort sind der offensichtliche Beweis dafür.

Dagegen beweisen alle Meldungen der letzten Wochen aus Indochina den Erfolg des Kampfes der indochinesischen Kommunisten. Es kann nur als Manipulation bezeichnet werden, wenn zwar Vietcong und Nordvietnamesen, niemals aber die Befreiungsbewegungen in Kambodscha und Laos, die an den Erfolgen großen Anteil haben, genannt werden. Sie alle werden dafür sorgen, daß die US-Imperialisten Indochina als Geschlagene verlassen.

SIEG IM VOLKSKRIEG!



STUDIO „Aus der Schatztruhe“

Donnerstag, den 4. 5., 16.30, 20.00 Uhr
2001 - ODYSSEE IM WELTRAUM
Donnerstag, den 11. 5., 15.30, 18.00, 20.30
Viscontis DER TOD IN VENEDIG

CAPITOL „Action-Auslese“

Donnerstag, den 4. 5., 15.15, 17.45, 20.15
Howard Hawks RIO BRAVO
Donnerstag, den 11. 5., 16.30, 20.00 Uhr
Sergio Leone's SPIEL MIR DAS LIED VOM TOD

Trotz intensiven Einsatzes von US-Waffen in Indochina, trotz der Unterstützung der Südvietnamesischen Marionettentruppen durch Einsatz weiterer US-Flugzeugträger (rechts) gewinnen die Kommunisten an Boden. Panikartig fliehen südvietnamesische Soldaten (oben). Ein großer Erfolg für den Vietcong war die Sprengung des wichtigsten Südvietnamesischen Nachschublagers Lai Khe zwischen Saigon und An Loc (ganz oben). Der Sieg des vietnamesischen Volks wird nicht lange auf sich warten lassen.

6. - 8. Juni

Wahlen zum Satzungskonvent

In seiner ersten Sitzung im Sommersemester beschloß das Uni-Parlament den Termin für die Wahlen zum Satzungskonvent: 6. - 8. Juni. Damit wird das Beschlußorgan zur Verabschiedung der neuen Universitätssatzung, die z. Z. in der Satzungskommission erarbeitet wird, gewählt.

Zusammensetzung

Der Satzungskonvent wird aus 60 Mitgliedern bestehen, und zwar 24 Hochschullehrern, 12 Assistenten, 18 Studenten und 6 nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern. Er wird gewählt nach dem Verfahren, mit dem der Bundestag gewählt wird, d. h. die Zweitstimmen sind maßgeblich: Direktmandate (aufgrund von Erststimmen) werden von den Zweitstimmen abgezogen. Gewählt wird nach 6 Wahlkreisen.

Funktion

Der Satzungskonvent hat lt. Hochschulgesetz NRW die Aufgabe, mit 2/3-Mehrheit eine neue Hochschulsatzung zu verabschieden. Diese Satzung, deren Inhalte teilweise im HSG NRW fixiert sind, wird z. Z. in der Satzungskommission erarbeitet. Letztere setzt sich im Verhältnis 3:3:3:1 zusammen. Zur Verabschiedung der Satzung bedarf es 40 der Mitglieder des Satzungskonvents. D. h.: Vorausgesetzt, die Fraktionen der Assistenten, Studenten und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter stimmen geschlossen ab, so sind noch 4 Hochschullehrer erforderlich, um eine 2/3-Mehrheit für die einigermaßen fortschrittliche Satzung zu erreichen.

Neue Satzungsinhalte

Nach Vorstellung von Studenten und Assistenten in der Satzungskommission soll die in fast jeder Hochschulsatzung auftauchende „politische Verantwortung der Wissenschaft“ sich organisatorisch niederschlagen und durch verschiedene Bestimmungen abgesichert werden. Dazu gehört u. a. organisatorisch Viertelparität in allen Kollegialor-

ganen. Dazu gehört die Verankerung des „Projektstudiums“, in dem bestimmte Probleme aus dem Blickwinkel mehrerer Wissenschaften beleuchtet werden und so Implikationen von Forschungen in Einzelwissenschaften auf andere wissenschaftliche Bereiche und die Gesamtgesellschaft berücksichtigt werden können.

Gegen Illusionen

Man sollte sich allerdings hüten, von einer sozialistischen oder demokratischen Verfassung zu träumen. Denn: **Erstens** befinden sich alle Hochschulen des Landes NRW mit ihren Satzungsberatungen gemäß HSG NRW in Verzug, d. h. der Minister kann jederzeit eine Satzung oktroyieren. Nach Mäuschelinformationen liegen die Entwürfe in Düsseldorf bereits in der Schublade. **Zweitens** ist es illusorisch, an eine 2/3-Mehrheit (bei der prächtigen Parität 4:2:3:1) im Satzungskonvent für eine „progressive“ Verfassung zu glauben. Selbst bei äußerst optimistischer Kalkulation brauchte man dazu noch 4 Profs (s. o.).

Wenn überhaupt, so wird dieser Konvent eine in Verhandlungen mit den Profs verwässerte Satzung beschließen.

Drittens kann auch eine „progressive“ Satzung nur der Flankierung einer sozialistischen Hochschulpolitik dienen, ist aber nicht per se bewußtseinsbildend etc. D. h. beispielsweise: im **Projektstudium** liegt mit der Überwindung der Verinselung der Wissenschaften die Möglichkeit, aus einer Kritik der bürgerlichen Wissenschaftsorganisation zu einem sozialistischen Bewußtsein zu kommen; genauso gut kann es **dazu** dienen, den kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb bzw. seine berufspraktischen Auswirkungen effizienter zu gestalten.

Aufgrund dieser Einschätzung werden die im ASTA vertretenen Gruppen sich für dieses Gremium Satzungskonvent zur Wahl stellen, um

1. eine größtmögliche Flankierung sozialistischer Hochschulpolitik zu erzielen und
2. am Beispiel des zweifelsohne zu erwartenden Hick-Hacks um die neue Satzung in der Studentenschaft zu vermitteln, wie professorale und ministerielle Hochschulpolitik aussieht.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinsilinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann**
SÜDRING 20

Der Kampf der Arbeiter in der Brelohstraße

Fortsetzung von Seite 1

bzw. um eine familiengerechte Wohnung zu kümmern.

Mit diesen Grundsätzen ist es nicht zu vereinbaren, daß für besondere Zwecke Räume zur Verfügung gestellt werden. Diese Räume würden nicht nur obdachlosen Familien fehlen, insbesondere wenn Familien mit mehreren Kindern untergebracht werden müssen. Darüber hinaus wird die Zahl der gemeindeeigenen Unterkünfte in der Regel nicht ausreichen, um alle obdachlosen Personen unterzubringen.

Aus vorstehenden Gründen ergibt sich somit, daß die Stadt Bochum zu Recht aus grundsätzlichen Erwägungen **keine Räume für Versammlungszwecke** in der Obdachlosenunterkunft Brelohstraße zur Verfügung gestellt hat.

Hochachtungsvoll

Interessengemeinschaft Versammlungsräume in der Brelohstraße bereitzustellen, obwohl genügend freie Räume vorhanden sind. Statt diese Bürgerinitiative zu begrüßen, hat die Stadtverwaltung ihren Bürgern also sogar das grundgesetzlich verbrieft Recht auf Versammlungsfreiheit beschneidet. Ohne ausreichende Begründung hat der Oberstadtdirektor darüber hinaus den Studenten unter Androhung von Strafe verboten, das Gelände der Notunterkunft zu betreten.

Auch hier zeigt sich wieder, daß die Bewohner des Ghettos ähnlich wie Strafgefangene behandelt werden, wenn man ihnen vorschreibt, wer sie besuchen darf. Gegen diesen Einschüchterungsversuch, der die Notwendigkeit der Interessengemeinschaft nur bestätigt, protestieren die Bewohner der Notunterkunft und der ASTA der Ruhr-Universität und wenden sich auf diesem Wege mit der Bitte um Unterstützung an die Öffentlichkeit. Ausdrücklich verlangen die Bewohner der Brelohstraße von der Stadt, daß das Verbot gegen die Studenten zurückgenommen wird. (Diese



Go-in in der Brelohstraße

Diese Briefe sprechen für sich selbst.

Die Stadt weiß genau, wie gefährlich es für sie sein kann, wenn die berechtigten Forderungen der Arbeiter aus den Notunterkünften in die Öffentlichkeit getragen werden. Deshalb sollte mit dem folgenden Brief des Oberstadtdirektors an ein Mitglied der Projektgruppe ein Keil zwischen das Bündnis von Arbeitern und fortschrittlichen Studenten getrieben werden:

Sehr geehrter Herr

Auf den weder von Ihnen verfaßten noch unterschriebenen Brief vom 14. Februar 1972 teile ich Ihnen mit, daß aus grundsätzlichen Erwägungen Räume in der Obdachlosenunterkunft Brelohstraße nicht zur Verfügung gestellt werden können.

mit vorzüglicher Hochachtung
Der Oberstadtdirektor

Auf die Einschüchterungsversuche von Seiten der SPD-Bürokratie in der Stadtverwaltung reagieren die Bewohner der Brelohstraße mit folgender Presse-Erklärung:

Resolution der Interessengemeinschaft der Obdachlosen Bochum Brelohstraße

Die letzten Ereignisse haben bewiesen: die Stadt versucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß sich Bürger zusammenschließen, um berechnete Interessen gemeinsam zu vertreten.

Was ist geschehen?
Die Bewohner der Bochumer Notunterkunft Brelohstraße haben sich seit einigen Wochen zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um die katastrophalen Zustände in der Unterkunft zu bekämpfen. Dabei wurde sie von einer studentischen Projektgruppe unterstützt, die dort schon seit mehr als zwei Jahren in einem Kinderladen versucht, den Kindern ihre trostlose soziale Lage zu verändern. Ohne nähere Begründung hat die Stadt es abgelehnt, für die

Resolution unterzeichneten 51 Bewohner der Brelohstraße.)

Diese Resolution zeigt deutlich, daß die Bewohner der Brelohstraße sich nicht einschüchtern lassen, obwohl sie durch ständige Erpressungs- und Bestechungsversuche in dem Kampf um ihre Rechte behindert werden. In dieser Situation ist es sehr wichtig geworden, daß viele Studenten sich mit der Resolution der Interessengemeinschaft solidarisiert haben und in einem großen Autokolonne in die Brelohstraße gefahren sind (ca. 100 Autos).

In zahlreichen Gesprächen mit Arbeitern in der Brelohstraße ist es vielen Studenten klar geworden, warum es im kapitalistischen System Obdachlosenasyle gibt und immer geben muß.

Die meisten Bewohner gehören der Arbeiterklasse an; sie haben in Wirtschaftskrisen (z. B. Zechenstilllegungen) ihre Arbeit verloren und konnten dadurch die profitorientierten überhöhten Mieten auf dem „freien“ Wohnungsmarkt nicht bezahlen. Da sie erkannt haben, auf wessen Rücken das Profitstreben in einem kapitalistischen System ausgetragen wird, werden sie in Ghettos abgeschoben.

Dort sind sie jederzeit von den sogenannten Ordnungskräften zu kontrollieren. Allein durch die Existenz von Obdachlosensiedlungen wird auch der übrige Teil der Arbeiterklasse diszipliniert, da jedem einzelnen jederzeit das gleiche Schicksal droht.

Das Problem der Obdachlosigkeit darf nicht isoliert gesehen werden von dem kapitalistischen System, das Notunterkünfte braucht, um weiterhin bestehen zu können. Das zeigt, daß es nicht heißen darf: „Kampf der Obdachlosigkeit“, sondern „Kampf dem Kapitalismus und Imperialismus“, denn Obdachlosenasyle werden so lange bestehen, wie es den Kapitalismus gibt.

Daher solidarisiert euch mit den Forderungen der Arbeiterklasse, nicht nur verbal, sondern unterstützt die Aktionen und den langfristigen Kampf in der Brelohstraße.

Politischer Anspruch wird nur glaubhaft, wenn er mit praktischer Arbeit verbunden wird.

Solidarität ist eine Waffe!
PROJEKTGRUPPE
BRELOHSTRASSE

Linke werden exmatrikuliert

Wie sich die Verschärfung der politischen Unterdrückung in der Hochschule auswirken wird, bewies unlängst Bonns Uni-Rektor Schmitt, der einfach zwei Studenten von der Uni schmiß, weil sie eine andere politische Meinung hatten als er und diese auch vertraten.

Dieses Vorgehen erschien sogar den bürgerlichen Gerichten zur Zeit verfrüht. Sie erließen eine einstweilige Verfügung gegen diese Aburteilung.

Am Freitag, den 21. 4., verabschiedete die Landes-ASTen-Konferenz von NRW in Bochum folgende Resolution:

„Solidarität mit Ingo Thiee und Karl Weiland.“

In dieser Woche hat der Rektor der Uni Bonn den ASTA-Vorsitzenden Ingo Thiee (MSB Spartakus) und den Romanistik-Studenten Karl Weiland (Rote Zellen) exmatrikuliert!

Gegen Ingo Thiee wurde außerdem Hausverbot ab sofort verhängt! Als Begründung wurde angegeben, daß beide an Störaktionen beteiligt gewesen seien. Die bürgerliche Presse jubelt bereits über das „Bonner Exempel“ und behauptet, die Masse der Studenten sei „des Krawalls müde“. So soll der Bevölkerung in bewährter Manier suggeriert werden, die „Radikalen“ hätten sich isoliert und der Kampf gegen die kapitalistische Bildungsplanung sei nichts als das Hirngespinnst einiger sektiererischer Funktionäre.

Zeigen wir durch unsere massenhafte Solidarität, daß wir diesen Vorstoß nicht hinnehmen werden!!!

Diese Maßnahme reiht sich ein in die Berufsverbote für Kommunisten, Sozialisten und Demokraten, die sich im Lehrverbot für Prof. Mandel am offensten als Maßnahme des Staatsapparates zur Verhinderung der Hinterfragung der gesellschaftlichen Ursachen des Kapitalismus und den Möglichkeiten seiner Überwindung zeigt.

Diese Maßnahme drückt den Angriff auf die verfaßte Studentenschaft aus:

Nachdem im letzten Semester über die Mitwirkungsremien der Uni Bonn die verfaßte Studentenschaft aufgelöst werden sollte, wird jetzt der Angriff direkt gegen den ASTA-Vorsitzenden geführt. Das bedeutet, daß alle diejenigen, die sich in der studentischen Selbstverwaltung betätigen, immer dann, wenn sie die Maßnahmen des Staatsapparates in Frage stellen, von der Relegation über das Ordnungsrecht bedroht sind.

Es kann also nicht um einen schlaffen Appell der Solidarität gehen, sondern um den Kampf für die verfaßte Studentenschaft!!!

Gegen das Ordnungsrecht!!!
Für freie politische Betätigung in der Ausbildung und im Beruf!!!
Gegen den Abbau demokratischer Rechte!!!

Gegen Berufsverbote für Kommunisten, Sozialisten und Demokraten!!!“

Kaufen Sie

- Tabak · Zeitungen
- Spirituous
- Lebensmittel
- Brot + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

Deutsche Erstausgabe Staatlichkeit und Anarchie

Michael Bakunin

ca. 300 Seiten
Preis 15,- DM

„Darüber hinaus scheint mir eine vollständige englische und deutsche Ausgabe von Bakunins Buch nicht nur für die Marxologie im engeren Sinne interessant, sondern auch politisch höchst aktuell. Je mehr ich mich damit beschäftige desto mehr scheint es mir, daß Bakunin die meisten Entwicklungen, die bei den heutigen Revolutionen auftreten, viel klarer vorausgesehen hat als Marx. Sein Buch gehört insofern direkt zu den Voraussetzungen einer Theorie der modernen Revolution.“ (Karl Korsch an R. Rosdolsky, 1. 6. 1951). Das Buch Bakunins, vom dem Korsch so begeistert schreibt, ist **STAATLICHKEIT UND ANARCHIE**. 1873 in Genf auf russisch erschienen, war es das erste größere Werk von Bakunin, das zu seinen Lebzeiten herauskam. Neben einigen russischen Neuauflagen im Verlauf der Revolutionen von 1905 und 1917, die auf die praktische Relevanz des Werkes für den damaligen Klassenkampf verwiesen, kam es 1929 noch zu einer spanischen Ausgabe, die vom Bakunin-Biographen Max Nettlau besorgt wurde, und 1965 zu einer französischen Ausgabe v. A. Lehning. Der Plan von Karl Korsch, **STAATLICHKEIT UND ANARCHIE** herauszugeben, ließ sich nicht mehr realisieren. So kam es, daß Bakunins Hauptwerk **STAATLICHKEIT UND ANARCHIE** den deutschen Lesern lediglich in einigen kurzen Auszügen bekannt wurde, die Karl Marx 1874 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale exzerpierte. (Vgl. Karl Marx, Konzept von Bakunins **STAATLICHKEIT UND ANARCHIE**, MEW 18, S. 659 ff.) Diese kurzen Auszüge von Marx vermitteln jedoch eher die Berechtigung von Bakunins Kritik an **AUTORITÄREN KOMMUNISMUS** der Marxisten, als daß sie eine Auskunft über die weitgespannte Problematik und den Diskussionsrahmen des **ANTI-AUTORITÄREN**

KOMMUNISMUS d. Anarchisten geben. So wird die Herausgabe des vollständigen Textes von Bakunin, die sich u. a. an der 1965 erschienenen französischen Ausgabe orientiert, einen umfassenden Überblick darüber geben, wie Bakunin zu den damals und auch heute zentralen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung Stellung bezieht: **ROLLE DES REVOLUTIONÄREN SUBJEKTS IN DER GESCHICHTE PROLETARISCHER INTERNATIONALISMUS VOLKSKRIEIS U. VOLKSREVOLUTION KRITIK AM STAATSKAPITALISMUS UND STAATSSOZIALISMUS POLITISCHE UND SOZIALE REVOLUTION DEKLASSIERTE INTELLIGENZ UND LUMPENPROLETARIAT BAUERNREVOLUTION UND REVOLUTION IN INDUSTRIELÄNDERN RÄTEBEWEGUNG GEGEN PARTEIDIKTATUR ABSTERBEN ODER ZERSTÖRUNG DES STAATES**

„Das mit dem Rätegedanken bei Bakunin zum Beispiel war mir längst bekannt und ebenso, daß die ganze linke Bewegung in der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei und zu revolutionären Zeiten auch die Massen immer von Bakunins Schlagworten und Gedanken gelebt haben.“ (Korsch an Rosdolsky, 12. 8. 1951)

In einem ausführlichen Vorwort wird die Marx'sche Rezeption von **STAATLICHKEIT UND ANARCHIE** analysiert und der historische Bezugsrahmen zum Werk und den Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Anarchisten dargestellt. Außerdem wird der Versuch gemacht, die Aktualität Bakunins für die heutige revolutionäre Bewegung aufzuzeigen. Als Anhang wird der Marx'sche Konzept von 1874 und einige Briefauszüge von Bakunin, Herzen, Orgarjow, Engels und Marx abgedruckt. Aus finanziellen und drucktechnischen Gründen unternimmt der Verlag eine **SUBSKRIPTION** des Werkes. Interessierte Buchhandlungen, Bibliotheken, Institute und Arbeitsgruppen etc. bestellen bei

Karin Kramer Verlag
1 Berlin 44, Postfach 106

Unsere Bücher sind erhältlich bei: **POLITISCHE BUCHHANDLUNG**, 463 Bochum, Overbergstraße 5. Ebenfalls „883“; überregionales Informationsorgan der revolutionären anarchistischen Vereinigung „883-REVOLUTIONÄRE AKTION“

Für eine revolutionäre Einheitsfront an der RUB!!!

883 REVOLUTIONÄRE



AKTION BOCHUM

Proseminar (Philos.) 030038

GA 3/143

ERZIEHUNG UND KLASSENKAMPF

Zeitschrift für marxistische Pädagogik

Zu allen Fragen der politischen Jugendarbeit, des Schulkampfes und der Sozialarbeit. Bisher vier Hefte erschienen. Nr. 5/6 (Doppelheft) ca. 180 S., DM 8.- im April KAMPF GEGEN DIE POLITISCHE DISZIPLINIERUNG DER LEHRER

Aus dem Inhalt: Illegalisierung und Disziplinierung oppositioneller Lehrer in der BRD/ Zur Funktion des Beamtenrechts in der bürgerlichen Demokratie/ Dokumente/ Die Rolle der GEW/ Zur Einschätzung des Bremer Modells/ Der sozialistische Lehrerkongreß in Frankfurt

LERNEN: Geschichte Weimarer »Republik« subversiv

Zum ersten Gegenschub in der Reihe LERNEN: subversiv hieß es: „... die Möglichkeit für einen revidierten Geschichtsunterricht.“ SWF „... Material gegen einen Geschichtsunterricht der Verschleierung.“ WDR

2., verbesserte Auflage ca. 300 S., Illustrationen und Landkarten im Ringbuch, auseinandernehmbar DM 12.- neutrale Schulausgabe, steifer Pappband DM 12.-



JAN RASPE ZUR SOZIALISATION PROLETARISCHER KINDER

Jan Raspes Arbeit ist einer der wichtigsten neueren Beiträge zur Sozialisationstheorie. Sie wurde bisher unterschlagen, weil Jan Raspe von der Bundesanwaltschaft zum „harten Kern“ der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe gezählt wird. ca. 120 S., ca. DM 6.- im April

Erhältlich bei
Politische
Buchhandlung
463 Bochum
Overbergstraße 5

VERLAG ROTER STERN

6 Frankfurt, Unterlindau 74, Tel. 0611/721526

Buchbinderarbeiten
gut, preiswert und schnell

Buchbindermeister C.-L. HEBLER
Bochum-Querenburg

Sauerbruchstraße 29 Telefon 70 10 27
Hedwigstraße 5 Telefon 6 03 50

Wo der Rechtsstaat aufhört

Pressemitteilung zum Schußwechsel in Hamburg

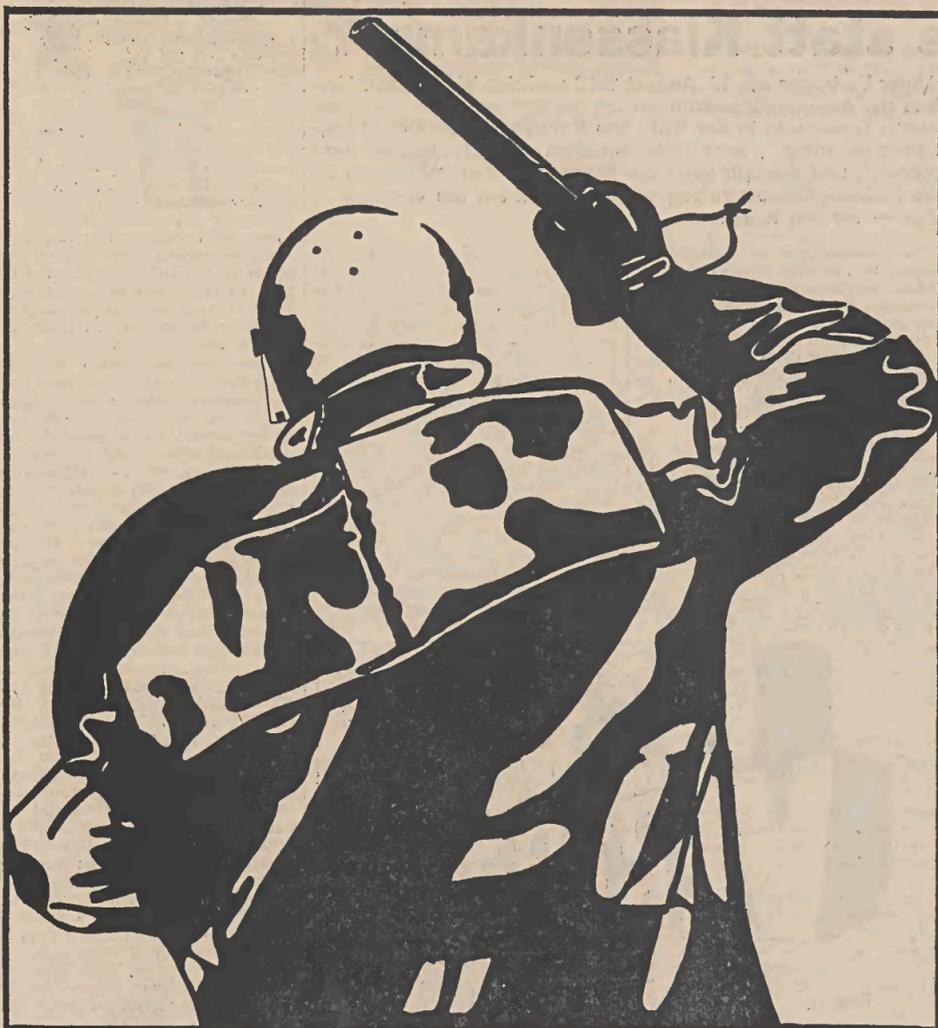
Als Verteidiger von MANFRED GRASHOF erklären wir: Anlässlich des Todes von KHK ECKHARDT, dem stellvertretenden Leiter der politischen Polizei in Hamburg, ist wieder behauptet worden, er sei von MANFRED GRASHOF, einem maßstäblichen Mitglied der RAF bzw. der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe, niedergeschossen worden. Damit soll der Eindruck erweckt werden, er habe von sich aus bedenkenlos geschossen.

Tatsächlich waren es die Polizisten, die zuerst auf MANFRED GRASHOF geschossen haben. Die von der Polizei in der Öffentlichkeit über die Festnahme von GRASHOF und GRUNDMANN verbreiteten Darstellungen sind ebenso falsch wie die Behauptung, GRASHOF habe abgefeilte Dum-Dum-Geschosse verwandt. Die beiden gingen nicht gleichzeitig in die Wohnung Heimbudenstraße. Vielmehr betrat GRUNDMANN zuerst allein die Wohnung. Er wurde sofort festgenommen und an die Wand gestellt. Erst danach betrat Grashof die Wohnung. Auch er sah sich in der dunklen Wohnung sofort 3 bis 4 mit ihren Pistolen auf ihn zielenden Personen gegenüber, die sich später als Polizisten herausgestellt haben. Sie nahmen ihm eine Pistole ab. Darauf zog Grashof eine zweite Pistole, um sich, ohne zu schießen, den Rückweg zu eröffnen. Die Polizei war es jetzt, die zuerst schoß und Grashof schwer verletzte. Dieser schoß nun zurück. Nachdem ihn die Polizei noch weitere 2x getroffen hatte, lief Grashof, inzwischen schon verteidigungsunfähig geschossen und stark blutend, ins Treppenhaus. Dort erledigte ein weiterer Polizist aus 3 Metern Entfernung Grashof endgültig durch einen der bei der Polizei üblich gewordenen platierten Kopfschüsse aus seiner Maschinenpistole.

Nachdem Grashof zusammengebrochen war, half ihm trotz Bitten des lebensgefährlich Verletzten kein Polizist. Die Polizei verbot sogar Grundmann mit einer ständig auf seinen Kopf gerichteten MP, Grashof zu helfen. Dieser mußte sich vielmehr, obwohl auf derselben Etage in einem Kindergarten eine Hausapotheke mit Verbandszeug zur Verfügung gestanden hätte, mit seinem Gürtel selber den Arm abbinden und sich selber den Oberkörper entkleiden, und mit den Kleidungsstücken den Blutstrom aus Kopf und Lunge zu stillen zu versuchen.

Die Polizisten haben die Gefahr des Schußwechsels dadurch provoziert, daß sie durch das Versteckspielen in einer dunklen Wohnung bewußt eine Situation geschaffen haben, in der die Festnahme nur noch zumindest mit Waffendrohung möglich und in der nach ihren sonstigen Äußerungen über die RAF eine Schießerei nachgerade mit Sicherheit zu erwarten war. Andere Festnahmemethoden als mit Hilfe von Waffen sind offensichtlich gar nicht erst in Betracht gezogen worden. Dieses Verhalten kann nur dadurch erklärt werden, daß KHK Eckhardt und seine Beamten den Ehrgeiz hatten, selber den Gesuchten so oder so in ihre Gewalt zu bringen, und dabei einfachste Schutzmaßnahmen außer Acht gelassen haben.

Dieser Geschehensablauf steht auch im Einklang damit, daß Mitglieder der RAF mehrfach erklärt haben, sie würden auf keinen Polizisten schießen, der nicht auf sie schieße und sie laufen lasse. Die Motivation der Polizei hingegen, wie sie in der Empfehlung eines Polizisten zum Ausdruck kommt, der Grashof im Krankenwagen bewacht hat: „Diesem Schwein mußte man noch eine verpassen, den Rest geben, unseren Chef hier einfach umzulügen“, gibt der Verteidigung auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Monate die Frage auf, ob es nur ein Versehen ist, daß Grashof noch lebt.



SPD verweigert SPD-Mann Lehrstuhl

Daß die Länderinnenminister die Universitäten vom linken Gewürm befreien wollen, beweisen uns die zahlreichen Berufsverbote. Unklar blieb bisher, wer schon als rote Ratte gilt und wer noch nicht. Die Frage hat sich nun geklärt!

Vor kurzem bot die Universität Marburg dem SPD-Mann und Vorstandsmitglied der Jungsozialisten, Eberhard Schmidt, einen Lehrstuhl an. Da die Jungsozialisten — in der linken Tasche eine Bombe, unterm Mantel die Maschinenpistole und im Hirn Sympathien für Baader-Meinhof — ohne Zweifel zu den linksterroristischen Elementen des deutschen Volkes zählen, sah sich der hessische Kultusminister veranlaßt, Eberhard Schmidt, dem SPD-Mann, den Lehrstuhl zu verweigern.

Noch besser hätte es auch Bismarck nicht gekonnt!



Der Mord in Tübingen

Gegen 20 Uhr 45 nimmt Richard Epple einem Streifenwagen der Tübinger Verkehrspolizei auf der Wilhelmstraße die Vorfahrt. Die Streife gibt ein Zeichen; Richard Epple fährt weiter. Mit Blaulicht und Martinshorn nimmt der Streifenwagen die Verfolgung auf. Die Jagd geht über die B 28 von Tübingen nach Herrenberg. Am Ortsausgang von Herrenberg wurde zum erstenmal geschossen: mit 12 Pistolenschüssen versuchte die Polizei, Richard Epple zu stoppen. Die Spuren zeigen, daß er wahrscheinlich schon hier zum erstenmal von einer Kugel getroffen wurde. Er kam auf die linke Straßenseite und rammte einen Eisenstab.

300 m weiter ist ein Bahnübergang. Der Bahnwärter und seine zwei Söhne berichten, daß der Streifenwagen in einem Abstand von nur zwei Metern dem Fluchtauto folgte. Nachdem beide Autos die Schienen überquert haben, senkt sich die Bahnschranke. Um 21 Uhr erreicht die Jagd Allstätt. 150 m vor Ortsende eröffnet der Beifahrer des Streifenwagens das Feuer aus einer Maschinenpistole.

Zwei Salven im Abstand von fünf Sekunden durchlöchern das Rückfenster des Ford 12 M. Nach dem Obduktionsbefund haben 7 Kugeln Richard Epple getroffen.

6 Kugeln schlagen in eine Hauswand ein, eine davon endet im Schlafzimmer eines Ehepaares. Die Leute sind aufs Äußerste erschrocken und erwarten weitere Feuer-salven.

Der erste Feuerstoß muß Richard Epple getötet haben. Der Ford 12 M rollt nach links auf den Gehweg aus und bleibt an einer Mauer stehen. Die beiden Beamten fordern Polizeiverstärkung an und einen Krankenwagen. Sie leuchten selbst nur ab und zu mit der Taschenlampe in den zerschossenen Wagen. Da Benzin aus dem Tank des Ford läuft, halten sie die sich bildende Menschenmenge auf Abstand mit der Begründung, der Wagen könne durch entflammendes Benzin explodieren. Mindestens vier weitere Polizeiautos kommen zum Tatort. Der Krankenwagen allerdings kommt erst nach etwa 20 Minuten! Jetzt erst begeben sich Personen zum Fluchtauto. Nachdem an der linken Seite das Fenster eingeschlagen wurde, wird der leblose Körper des 17-jährigen Richard Epple in den Krankenwagen getragen und in das Kreis Krankenhaus Herrenberg abtransportiert.

Aus den Presseberichterstattungen ergibt sich über die von der Polizei errichtete Straßensperre ein völlig widersprüchliches Bild:

„Als das Fahrzeug wenig später am Städteingang Herrenberg auf Höhe des Krankenhauses gestoppt werden sollte, gab der Fahrer wiederum rücksichtslos Gas, so daß die beiden in der Straße stehenden Beamten nur durch geistesgegenwärtigen Sprung sich in Sicherheit bringen konnten.“ (Gäubote Herrenberg)

„Er durchbrach zwei Sperrern“, „raste durch die Holzbarrikade einer Straßensperre.“ (Bild)

Andere Zeitungen berichten von drei Beamten, die „mit beleuchteten Anhaltstäben Haltezeichen gaben“.

Wir befragten einige Anwohner:

1. Einen Zeugen, der die Straßensperre gesehen hatte, konnten wir nicht finden.
2. Mehrere Anwohner berichteten uns, daß am nächsten Tag eine Straßensperre aufgebaut und fotografiert wurde.
3. Von seiten des Herrenberger Polizeireviers und von zwei Beamten der Staatsanwaltschaft bekamen wir auf unsere Fragen keine Antwort!

Die ermittelnde Oberstaatsanwaltschaft Stuttgart stellt dazu fest: „Da der Fahrer in seinem Bestreben, zu entkommen, offensichtlich auch vor massiver Gefährdung von Menschenleben nicht zurückschreckte“.

1. Sie trifft eine Feststellung, die sich auf die Aussagen der Polizeibeamten stützt, gegen die sie ermitteln soll.
2. Sie läßt durch die Presse Autofahrer suchen, die gefährdet sein sollen, um diese These zu unterstützen.

Steigerungsbetrag der Ausgaben* 1965 — 1969 1969 — 1973

Bundesgrenzschutz	2,2 Mio. DM	251,0 Mio. DM
Bundesamt für Verfassungsschutz	11,4 Mio. DM	32,1 Mio. DM
Bundeskriminalamt	8,4 Mio. DM	99,5 Mio. DM

* Quelle: Presse und Informationsamt der Bundesregierung

Mißhandlungen auf dem gynäkologischen Stuhl

Am 27. März gab Rechtsanwalt Croissant aus Stuttgart in einer Pressekonferenz bekannt, daß er gegen die verantwortlichen Beamten der Justizbehörden in Bayern Strafanzeige wegen versuchten Mordes und Körperverletzung im Amt, begangen an seiner Mandantin Carmen Roll, erstattet hat.

Carmen Roll befindet sich seit 2. März 1972 in der Haftanstalt Aichach bei Augsburg in Untersuchungshaft. Am 16. März wurde sie frühmorgens von einer Beamtin der Haftanstalt wie gewöhnlich geweckt. Sie wurde aufgefordert, sich anzuziehen.

Bevor sie noch frühstücken konnte, wurde sie von der Anstaltsbeamtin in einen Raum gebracht, in dem sich einige Männer in Zivil und zwei besonders große Männer in weißen Kitteln aufhielten.

Sie wurde aufgefordert, sich auf einen gynäkologischen Stuhl zu setzen. Als sie dieses verweigerte, wurde sie von den zwei übergroßen Männern in weißen Kitteln gepackt und auf den Stuhl geworfen. Sämtliche Männer in dem Raum beteiligten sich dann daran, Carmen Roll an den Stuhl zu fesseln und festzuhalten.

Dann nahm sie noch wahr, wie eine Maske, die nach Äther roch, ihr übers Gesicht gestülpt wurde.

Sie bemerkte noch, wie auf diese Maske eine Flüssigkeit geträufelt wurde und die Dämpfe sich in ihr ausbreiteten. Aufgrund der kurz vorhergehenden Auseinandersetzung mußte sie so schwer atmen, daß sie nach wenigen Atemzügen das Bewußtsein verlor.

Sie wachte erst am Nachmittag auf. Ihr wurde ein Glas Fruchtsaft gereicht, das sie jedoch sofort wieder erbrach.

Dann fiel sie erneut wieder in Schlaf. Erst am Abend erwachte sie wieder.

Nunmehr stellte sie fest, daß sie ihren Unterkiefer nur schwer bewegen konnte. Außerdem bemerkte sie später, daß sie Kratz- und Druckstellen am Halse hatte.

Damit ist der Straftatbestand des versuchten Mordes und der Körperverletzung im Amt gegeben. Eine Rechtfertigung für eine solche Behandlung der Inhaftierten gibt es nicht. Es ist nach dem geltenden Strafprozessrecht und insbesondere auch nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Menschenrechtskonvention nicht zulässig, einen Menschen gegen seinen Willen mit Hilfe von Äther zu betäuben.

Darüber hinaus ist diese Art der Betäubung auch aus medizinischer Sicht als äußerst problematisch anzusehen und wird deshalb gegenwärtig nicht mehr praktiziert.

Es besteht nämlich insbesondere die Gefahr, daß dem Betäubten die Zunge in den Hals rutscht und er auf diese Weise erstickt. Gerade diese Gefahr scheint im vorliegenden Falle Wirklichkeit geworden zu sein, denn anders sind die Kratz- und Druckstellen sowie die Schmerzen am Unterkiefer der Mißhandelten nicht zu erklären.

Zu welchem Zweck die ganze Aktion unternommen worden ist, ist im einzelnen nicht bekannt. Der Beschuldigten wurde lediglich mitgeteilt, auf diese Art und Weise habe man ihre Fingerabdrücke abnehmen wollen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß die Zeit der Bewußtlosigkeit durch die Ermittlungsbehörden auch in anderer Weise ausgenutzt worden ist.

Die Mißhandlung erinnert sich an nichts, was während ihrer Bewußtlosigkeit mit ihr geschehen ist.



SAG — Sozialistische Abteilungsgruppen

Einführungs-Schulung
Erste Sitzung:
Heute, 27. 4., 14.00 Uhr,
GC 6/131

Für die Schulung ist ein 100seitiges Papier erstellt worden, das am SAG-Büchertisch in der Mensa und in der Politischen Buchhandlung, Overbergstraße 5, für 2,- DM erhältlich ist. Kontaktadresse: Fachschaft Philosophie GA 3/129

Untersuchungsgefängnis: So foltert man Todkranke

Pressemitteilung der Hamburger Anwälte Groenewold, Degenhardt und Reinhard vom 16. März 1972:

Als Verteidiger des durch Schüsse der Polizei schwerverletzten Manfred Grashof protestieren wir dagegen, daß er bis heute noch nicht in ein Krankenhaus zurückgebracht worden ist, sondern noch immer ohne ausreichende Krankenpflege in eine Zelle des Untersuchungsgefängnisses gesperrt ist. Bereits am 7. 3. 1972 wurde er aus der Intensivstation des Universitätskrankenhauses Eppendorf nicht etwa in das Gefängnis-Krankenhaus, sondern sofort in eine gewöhnliche Einzelzelle außerhalb des Krankenhauses ins UG gebracht. Diese Unterbringung ist lebensgefährdend, weil jede Komplikation und jeder Rückfall wegen der im UG fehlenden Intensivstation tödlich enden kann.

In der Zelle besteht erhöhte Infektionsgefahr. Eine laufende Desinfektion ist überhaupt nicht möglich, zumal die Zelle nicht als Krankenraum hergerichtet ist und sich das WC im Raume befindet. Außerdem sind in der Nähe der Zelle weder Ärzte noch Pfleger, sondern nur Wachbeamte. Da diese nur zu zweit die Zelle betreten dürfen, könnten sie im Falle einer medizinischen Komplikation überhaupt nicht helfen.

Hinzu kommt: Bis vor einigen Tagen war Grashof im Gegensatz zu allen üblichen Behandlungen gezwungen, selbst seine Nahrung in die Sonde zu spritzen. Dadurch wurde er zusätzlich so geschwächt, daß jederzeit mit Kreislaufschwierigkeiten gerechnet werden mußte, so daß er dann nicht einmal selbst den Rufknopf hätte drücken können. Berücksichtigt werden muß dabei, daß durch den Armschuß er den rechten Arm so gut wie gar nicht benutzen kann.

Während im Eppendorfer Krankenhaus mit Grashof krankengymnastische Atemtechnik und Bewegungsübungen mit der Hand gemacht wurden, fehlen diese für seine Wiederherstellung notwendigen Heilmassnahmen im UG völlig.

Dagegen wird er zusätzlich dadurch gequält, daß Tag und Nacht ein scheinwerferartiges Dauerlicht in seiner Zelle brennt. Das führt zu Schlafstörungen.

Die Maßnahmen gegen Grashof sind unverantwortlich und lebensgefährlich. Die Justiz muß wiederum daran erinnert werden, daß für Grashof die Unschuldsvermutung gilt, solange er nicht rechtskräftig verurteilt ist (Art. 6 der Menschenrechtskonvention). Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, daß gegen Untersuchungsgefängnisse nur solche Einschränkungen und Maßnahmen zulässig sind, die für den Zweck der Untersuchungshaft, ihn für das Verfahren zu verwarren, unerlässlich sind. Die Behandlung von Grashof erweckt den Eindruck, als wolle die Justiz schon jetzt vor einem evtl. Urteil Grashof bestrafen und Repressalien aussetzen.

Die Beschwerden der Verteidiger vom 10. 3. 1972 hat Haftrichter Buddenberg vom BGH bis heute nicht beantwortet. Die Untersuchungsanstalt Hamburg, die einen Durchschlag erhalten hat, hat nur ein verstellbares Bett in die Zelle gestellt.

TERMINE - QUALITÄT GRÜNDLICHKEIT

... werden bei uns groß geschrieben.

Wir drucken für Sie im Offsetverfahren Formulare, Skripten, Dissertationen und Broschüren in jeder gewünschten Auflage — bei kleinen Preisen, hoher Qualität und kurzen Lieferzeiten.

STUDIENVERLAG

im Studentenwerk Bochum e. V.
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 60 — Baracke 1 — Telefon 71 40 43

Linke Diskussion

Ostverträge statt Klassenkampf?

Seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 und des Warschauer Vertrages am 7. Dezember 1970 rücken die Auseinandersetzungen um die Ostverträge immer stärker in den Mittelpunkt der politischen Diskussion in der BRD. Die Kontroverse läuft nicht zwischen „Friedensfreunden“ und „Ewig-Gestrigen“, auch nicht zwischen „fortschrittlichen“ und „nicht-fortschrittlichen Kapitalfraktionen“, und deshalb kann die Frage, wie sich Sozialisten zu den Verträgen stellen, nicht auf die (Schein-)Alternative zugespitzt werden: Für die Verträge = für den Frieden, gegen die Verträge = für den Krieg.

In den Auseinandersetzungen um die Ratifizierung der Ostverträge haben die Sozialisten nicht die Aufgabe, dem Schein der Kontroverse zwischen SPD und CDU aufzusitzen und diesen Schein dann „links“ zu interpretieren. Die Sozialisten dürfen auch keine Illusionen propagieren, etwa „Ostverträge sichern die Arbeitsplätze“ (weil die Ostpolitik gemacht wird, um den westdeutschen Kapitalismus zu stabilisieren, ist es theoretisch falsch und politisch gefährlich, dies zu behaupten, denn die Krisen, die die Arbeitsplätze gefährden, können nicht durch Verträge beseitigt werden). **SOZIALISTEN HABEN ZUERST EINMAL DIE PFLICHT, VOM SCHEIN ZUM WESEN DER AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE OSTPOLITIK VORZUDRINGEN!**

Hierzu muß von der weltpolitischen Situation ausgegangen werden, in der sich die Ostpolitik entwickelt hat. Die USA als führende Macht des imperialistischen Blocks sieht sich angesichts des militärischen Potentials der UdSSR auf längere Zeit hinaus nicht in der Lage, die „roll-back-Strategie“ militärisch durchzuführen. Dementsprechend wird auch die Außenpolitik gestaltet: Da die Anwendung von militärischer Gewalt gegenüber dem Warschauer Pakt nicht aktuell möglich ist, wird auch die Drohung mit Gewalt disfunktional. Deshalb wird — unter Beibehaltung des eigenen militärischen Potentials — die aktuelle Konfrontation abgebaut, in der Hoffnung, daß sich bei Nachlassen des äußeren Drucks das Lager der nachkapitalistischen Staaten zersetzen wird.

Gleichzeitig versuchen die USA freilich, den eigenen Block aufrechtzuerhalten. Die UdSSR setzt bei der Entspannungspolitik ihrerseits auf die internen Differenzen im imperialistischen Bereich, die beim Nachlassen der Konfrontation stärker hervortreten. Äußerungen führender Politiker der Sowjet-

union aus der jüngsten Zeit deuten darauf hin, daß die UdSSR beginnt, die Entwicklung der EWG zu einem Gegenpol der USA als Möglichkeit der Aufweichung des imperialistischen Lagers zu nutzen.

Aus der Sicht der UdSSR hat der Moskauer Vertrag die Funktion, die Hauptstütze der USA in Europa, die BRD, in diese Politik miteinzubeziehen.

Mit dem Warschauer Vertrag soll die Situation genutzt werden, in der die USA aktuell nicht bereit sind, die Gebietsforderungen der BRD zu unterstützen. Hat die BRD erst einmal die Oder-Neiße-Linie akzeptiert, so ist zu einer Rückkehr der alten Politik des „Deutschland in den Grenzen von 1937“ soweit vorgebaut, wie es mit diplomatischen Mitteln möglich ist.

Wenn der Artikel I des Moskauer Vertrages lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtiges Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu errichten“, so ist das eine Floskel, die sich von den außenpolitischen Interessen der UdSSR her rechtfertigen läßt!

Eine solche Formulierung jedoch inhaltlich ernst zu nehmen und zur Grundlage der Propaganda zu machen, ist schlichter Unsinn. Die BRD hat diesen Vertrag nicht „in dem Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Welt beizutragen“ (Präambel des Vertrags) geschlossen, sondern aus Motiven imperialistischer Politik! Alles Gerede „vom Geist



Aus: Nürnberger Nachrichten

Mit dem Berlin-Abkommen soll der Prozeß des Abbaus der direkten Konfrontation beschleunigt werden, und damit wird eine Lockerung der Beziehungen der BRD zu den USA zwar nicht bewirkt, aber doch ermöglicht. Bei dem Berlin-Abkommen gibt die UdSSR bzw. die DDR nichts auf, da sich an den realen Verhältnissen nichts ändert, denn die Zufahrtswege bleiben unter der Kontrolle dieser Staaten.

Die Taktik der UdSSR, die Differenzen im Lager des Imperialismus mit diplomatischen Mitteln in der Entwicklung zu fördern, ist solange als Außenpolitik korrekt, wie sie nicht dem Wortgeklänge ihrer eigenen „Friedenspolitik“ Glauben schenkt. Diesen Fehler begeht die Sowjetunion offensichtlich nicht, denn sie hält die realen Garantien ihrer Sicherheit, die Rote Armee und den Warschauer Pakt, aufrecht.

Bekanntlich hält der SHB/SF die Staaten des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) für Staaten, die zwar den Kapitalismus überwunden haben, ohne jedoch sozialistische Produktionsverhältnisse zu haben. Diese Bestimmung, die in der „Sozialistischen Front“ Nr. 2 entwickelt worden ist, wird in dem Begriff der „nachkapitalistischen Staaten“ zusammengefaßt. Diese Staaten befinden sich jedoch in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Imperialismus, der auch mehrfach Versuche zur Liquidation dieser Staaten, vor allem der UdSSR, unternommen hat. Deshalb meint der SHB/SF, daß die UdSSR konsequent ihre Interessen vertritt und gleichzeitig den Imperialismus in Westeuropa schwächt. Selbst wenn die RGW-Staaten sozialistische wären, könnten sie als Staaten durch ihre Außenpolitik den Imperialismus nicht effektiver schwächen.

Die Politik der UdSSR gegenüber der BRD ist folgerichtig, doch daraus kann keineswegs geschlossen werden, daß es die Aufgabe von Sozialisten wäre, die Außenpolitik der UdSSR zu propagieren. „Gleichheitszeichen zu setzen zwischen der internationalen Arbeiterklasse und der Sowjetdiplomatie ist erstens zum Schaden des Sowjetstaates selbst und zweitens eine Irreführung und ein Mißbrauch der internationalen Arbeiterklasse. Es ist ein Bruch mit den Prinzipien des Klassenkampfes.“

Diese Aussage August Thalheimers (in: Potsdamer Beschlüsse, 1946) ist noch immer gültig; was geschieht, wenn man sie ignoriert, zeigt die Propaganda der DKP.

der Ostverträge, der durch diese oder jene Maßnahme verletzt wird“ und mit dem die SPD zu einer antikapitalistischen Politik überredet werden soll, ist nichts als gefährliche Illusionsmalerei! Die Politik des „Friedenskanzlers“ ist unteilbar: der Brand der Ostverträge kann nicht gegen den des Berufsverbotes ausgespielt werden.

Die SPD aber sucht sich im öffentlichen Streit um die Ostverträge als „Friedenspartei“ und als „fortschrittlich“ zu profilieren, und der mit viel Getöse im Fernsehen ausgetragene Streit läßt die Differenzen als prinzipielle erscheinen. Da im Bewußtsein der großen

Kriegsdienstverweigerung heißt Kampf gegen Militarismus



Beratung und Information:
Mittwoch ab 18 Uhr Lennerhofstraße 66, Baracke 8 (hinter dem RUBPUP)
Scheinverhandlung am 12. 5., Aula der Berufsschule Ost
VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) Gruppe Bochum

Mehrheit der Arbeiter und von Teilen der Angestellten die CDU die Partei der „Unternehmer“ ist, erscheint die SPD als ihre Partei, die ihre Interessen vertritt — die Konfrontation mit der CDU/CSU soll die konzentrierte Aktion, Konjunkturzuschlag etc. vergessen machen.

Die Ostpolitik steht, wie die SPD immer wieder beteuert, im Einklang mit den Vorstellungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs und steht im Dienst der Re-



form und Stärkung des Kapitalismus. Wieso aber die wütende Opposition der CDU/CSU? Der CDU geht es nicht um die „nationalen Interessen Deutschlands“, sondern in erster Linie um den Sturz der SPD/FDP-Regierung.

Trotz der dargelegten Einschätzung der Ostverträge sprechen einige Gründe dafür, für die Ratifizierung der Ostverträge einzutreten:

- Außenpolitisch bedeutet die Ratifizierung eine Beschleunigung der Entspannung, die — so illusionär sie auch ist — den Kräften in den USA Auftrieb geben wird, die einen Abzug der US-Truppen aus Westdeutschland fordern. Trotz aller Bemühungen, die „Verteidigungsbereitschaft“ der NATO aufrechtzuerhalten, würde der US-Abzug eine weitere Desintegration der NATO bedeuten und die Neoisolationisten in den USA stärken. Diese Tendenzen beschleunigen die Entwicklung der EWG, wodurch der Gegensatz EWG—USA zugespitzt wird, was eine Schwächung des Imperialismus bedeutet. Welche Bedeutung die An- oder Abwesenheit der US-Armee in Westdeutschland für den Übergang zum Sozialismus hat, liegt für jeden auf der Hand, der keine Illusionen über einen „friedlichen Übergang“ hegt. Um die Desintegration der NATO zu beschleunigen, muß in der Propaganda die europäische Sicherheitskonferenz gefordert werden! Um klarzustellen, daß Sozialisten keine Vereinigung Deutschlands erstreben, solange nicht beide Teile Deutschlands sozialistisch sind, muß die Anerkennung der DDR gefordert werden.

- Innenpolitisch ist mit der Frage der Ratifizierung die Frage der Existenz der gegenwärtigen Bundesregierung gestellt. Die SPD/FDP-Regierung ist aufgrund ihrer Reformkonzeption darauf angewiesen, eine Auferstehung der Restaurationsideologie der 50er Jahre zu verhindern; deshalb werden ihre Unterscheidungsmaßnahmen weit weniger direkt sein, als die einer CDU/CSU-Regierung, die einen Schritt zu einem „starken Staat“ wäre, in dem die bürgerliche Demokratie weiter abgebaut würde. Daran haben Sozialisten kein Interesse, denn eine Barzel-Strauß-Regierung würde die Arbeitsbedingungen für Sozialisten weiter verschlechtern.

Aus dem außenpolitischen und dem innenpolitischen Grund ist es für den SHB/SF notwendig, eine Kampagne zum Thema „Ostverträge ratifizieren“ zu führen. Diese Kampagne bedeutet eine Unterstützung für einen Teil der Außenpolitik der UdSSR, die den Imperialismus schwächt, doch bleibt sie dabei nicht stehen, denn die Ratifizierung der Ostverträge ist kein Ersatz für Klassenpolitik. Um zu verhindern, daß die Ratifizierungskampagne, die sich gegen die „Nationale Opposition“ richtet, mehr Wasser als unvermeidlich über die Klassenverhältnismühlen der SPD leitet, muß der Mythos der „Friedenspolitik“ zerstört werden.

Die Verträge beruhen eben nicht auf dem Willen zum Frieden, sondern aus einer Situation der relativen Schwäche des Imperialismus, besonders seiner Führungsmacht, der USA. Nicht die Gewaltvertragsverträge sichern den Frieden; Ursache für die Waffenruhe in Europa ist das Patt zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO. Dort, wo sich der Imperialismus einem starken Gegner gegenüber sieht, hat er nichts dagegen, sich das Mäntelchen des Friedfertigen umzuhängen; wo er sich stark fühlt, greift er besinnungslos an: das Vorgehen der USA in Lateinamerika und in Vietnam zeigt den „Friedenswillen“ des Imperialismus!

Für ihn sind Friedensverträge taktische Maßnahmen: das Genfer Abkommen von 1954 zur Beilegung des Indochina-Krieges ist ein klassisches Beispiel. Hieran ist der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg deutlich zu machen. Um den Friedensillusionen entgegenzutreten, sagen wir, daß erst der weltweite Sieg des Sozialismus den Frieden sichert. Und es darf nicht verschwiegen werden, daß dieser Sieg nicht durch diplomatische Manöver der UdSSR (oder der VR China) bewirkt wird, sondern durch die internationale Arbeiterklasse.

Eine so angelegte Kampagne wird nicht wie die der DKP den Klassenkampf in den Dienst der Ostverträge stellen und damit desorientieren, sondern stellt die Ostverträge und die Auseinandersetzung um sie in den Dienst des Klassenkampfes

DESHALB: OSTVERTRÄGE RATIFIZIEREN: DDR ANERKENNEN! US-TRUPPEN RAUS AUS DER BRD! ERST DER WELTWEITE SIEG DES SOZIALISMUS SICHERT DEN FRIEDEN! SHB/SF

TRIKONT

NEUERE BEITRÄGE ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE

SAMIR AMIN / CHRISTIAN PALLOIX

Der internationale Handel und die internationalen Kapitalbewegungen / Ungleicher Austausch und internationale Arbeitsteilung / Die Imperialismusfrage bei Lenin und Rosa Luxemburg / Imperialismus und Monopolphase / Imperialismus und Klassenkampf. NEUERSCHEINUNG 100 Seiten DM 7,40

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk. Neuerscheinung 100 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 25

GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

VIKTOR AGARTZ

Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung

Koalition statt Klassenpolitik / Die Sterilisierung durch Neutralität / Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System / Sozialer Kapitalismus und Mitbestimmung / Der politische Streik / 144 Seiten, DM 7,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22

MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN

GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen. Neuerscheinung 175 Seiten DM 7,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 28

SIND WIR PROLETARIER ?

Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich. Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich

Arbeiter in der Handelsbranche - vollberechtigte Mitglieder der Arbeiterklasse/„Massenkonzum“ - ein gesellschaftlicher Fortschritt?/ Bedingungen für eine revolutionäre Aktion/Angriff auf das System ideologischer Unterdrückung/Vereinigung von Arbeitern und Angestellten/Ververtretung durch die Gewerkschaften oder Autonomie?/ Die Gründe der Unzufriedenheit in den Warenhäusern des Pariser Großraums/Arbeitsbedingungen, Lohn und Kampfmaßnahmen/„Kunden, Verkäufer, alle gemeinsam gegen die Unternehmerdiebe und ihre Bullen“/All das ist nur ein Anfang! 60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 4,00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua. Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

Über unsere politische Situation/Die Kämpfe von 1962 und die Konjunktur/Der Heiße Herbst/Warum es schwierig ist, eine Klassenanalyse zu machen/Die Haltung zur Revolution/Die Arbeitsteilung und ihre Folgen/Die Politik der Bündnisse, materielle Grundlage des Revisionismus/Die revolutionäre Alternative/Der französische Mai/„Volk“ und „Proletariat“/Produktive und unproduktive Arbeit/Was ist Arbeiterautonomie?/Die Ablehnung der Arbeitsteilung/Die Arbeiterklasse und die Ablehnung der Lohnarbeit/Der Kampf gegen die kapitalistische Schule ist ein Kampf gegen die Arbeitsteilung/Der Widerspruch der Massenschule/Das Proletariat außerhalb der Fabriken/Das Lumpenproletariat/Das Proletariat im Süden ca. 140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 7,80

ABONNEMENT

Unsere Bücher können abonniert werden - entweder insgesamt oder nur die der Reihe "Schriften zum Klassenkampf". Die einzelnen Titel (insgesamt ca. 10-12 Titel jährlich) erscheinen in unregelmäßigen Abständen. Die Preise liegen in der Regel - mit ganz wenigen Ausnahmen - zwischen DM 4,00 bis DM 9,00, je nach Umfang. Auf diese Preise erhalten Abonnenten einen Rabatt von 15%. Bestellungen laufen für 1 Jahr unkündbar und können dann vor der Auslieferung der einzelnen Titel gekündigt werden. Für den Zeitraum von einem halben Jahr werden die neuen Titel angekündigt. Wir können Auflagen und Preise besser kalkulieren, wenn ein großer Teil durch die Abos fest vorbestellt ist. Außerdem liegt darin und in der Werbung für neue Abonnenten eine gute Möglichkeit zur Unterstützung des Verlags. Unterstützt der Trikont Verlag durch ein Abonnement und durch Anwerbung neuer Abonnenten!

Unsere Bücher sind erhältlich bei: POLITISCHE BUCHHANDLUNG 463 Bochum Overbergstraße 5

Trikont-Verlag 8 München 80 Josephsbergstr.16

Anders als jede Fabrikzigarette

Manila

— Zware Shag dunkel + echt + würzig
Ein Genuß, den fertige Zigaretten nicht bieten.



Gratisprobe: Tabakfabriken Pöschl, 83 Landshut, Postfach 568 M

SCIENCE FICTION TIMES

Ideologiekritische Zeitschrift für Science Fiction und „Trivial“-Literatur

Bringt Rezensionen, Artikel, Informationen, Stories

Erscheint zweimonatlich. Bestellungen an Hans Joachim Alpers,

285 Bremerhaven 1, Weißbeniger Straße 6.

Einzelheft 3,— DM, Jahresabonnement (6 Hefte) 15,— DM.

Erhältlich in der Bücherscheune.



Achten Sie auf Reihe Hanser

Gary Snyder, Maya Band 85, DM 6,80

Jorge Luis Borges, David Brodies Bericht Erzählungen, Band 86, DM 5,80

Boris Arvatov, Kunst und Produktion Entwurf einer proletarisch-avantgardistischen Ästhetik/1921-1930, Band 87, DM 7,80

Miladin Zivotic, Proletarischer Humanismus Studien über Mensch, Wert und Freiheit, Band 88, DM 9,80

Gerhard Zacharias (Hrsg.), Das Böse Dokumente und Interpretationen, Band 89, Ca. DM 6,80

Marquis de Sade: Der Greis in Charenton Letzte Aufzeichnungen und Kalkulationen, Band 90, Ca. DM 5,80

Vladimir Kazakov, Meine Begegnungen mit Vladimir Kazakov Prosa, Band 91, Ca. DM 5,80

Alfred Jarry, Der Alte vom Berge Gedichte, Dramen, Prosa, Band 92, Ca. DM 5,80

Joachim Steffen u.a., Fetisch Eigentum Wie privat sind Grund und Boden? Band 93, Ca. DM 5,80

Hans Horst Henschen/Reinhard Wetter, Anti-Olympia Ein Beitrag zur mutwilligen Diffamierung und öffentlichen Destruktion der Olympischen Spiele und anderer Narreteien, Band 94, Ca. DM 6,80

Horst Blenk, Solschenizyn und andere Essays, Band 95, Ca. DM 5,80

Walter Fablan (Hrsg.), Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz Band 96, Ca. DM 5,80

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Die Servi des Herrn D. Ehlich

Idyllische Zustände am Lehrstuhl für angewandte Mathematik

Prologos:

Auch für Professoren brechen unruhige Zeiten heran — nicht wegen aufsässiger Studenten, sondern weil der gesamte Berufsstand nur noch ein Fossil ist — sie sehen ihre Privilegien schwinden und grämen sich. So trifft es auch die „ordentlichen“ Professoren für Mathematik. Alle?

An einem unserer Lehrstühle bietet der große Meister im Stil eines Industriemanagers über ein ganzes Heer von Servi (lat. Knecht, Handlanger): die Oberservi Schempp und Haufmann — dem ein großer Teil dieses Artikels gilt —, die Servi Knoop, Scheffold, Delvos, Windauer, Pitnauer, eine Reihe von Unterservi (auch Hiwis genannt).

„Regelung den betroffenen Studenten schwer im Magen liegt. Obwohl sonst nicht geizig mit rechtlichen Bedenken, kimmerte Ehlich die Rechtswidrigkeit seiner „Vereinbarungen“ nicht im geringsten. Auch nach Erstellung seiner Bestimmung hielt Ehlich es nicht für nötig oder opportun, sie den Betroffenen mitzuteilen, was die ETechnikProfis aber nicht hinderte danach zu verfahren. Bleibt zum Schluß die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß man uns nach über einem Jahr endlich das Papierchen zugeschickt hat, nachdem es lange unter dem Titel „Ehlichs Geheimpapiere“ im Schwange war.“

Strophe 2 Wo Ehlich allein herrscht

Die RUB hält sich ein Rechenzentrum (RZ). Dort ist Ehlich Direktor und auch Tyrannos, was eigentlich keinen Verwundern dürfte. Daß der Rechner TR 440 des öfteren zu un-

Strophe 3 Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld

Auch Servus Nr. 2, Haufmann, hat bereits ein beachtliches Gesellenstück geliefert. Den schlechten Ausfall der 1. Klausur zu seiner Vorlesung erklärte er nach obigem Motto mit der Faulheit der Studenten. Die Phantasie, die wir in seiner Argumentation vermissen, muß er wohl bei der Perfektionierung seiner Prüf- und Unterdrückungsveranstaltung verbraucht haben. Damit hat sich Haufmann bereits zu Beginn seiner Hochschul(?) lehrer(?)karriere in die Pose jener Afterspätpädagogen begeben, deren Lehrinhalte am besten durch ein wenig Psychoterror vermittelt werden.

Daran ändert auch seine naiv-fürsorgliche Argumentation nichts; besonders wenn man berücksichtigt, daß er (wie auch S. Schempp, Ehlich war gerade nicht da) mit zu denen gehörte, die die von den Studienanfängern gewünschte Veranstaltung „Einführung in das Studium der Mathematik“ aus Gründen, die wir lieber nicht erörtern wollen (s. MFB Nr. 4: Fuck the Fak), abzusagen versuchten. Daß Haufmann den Grund für das offensichtliche Flasko bei anderen suchen muß, dürfte an seiner Servusrolle liegen. Dominus Ehlich kann es sich leisten — und tut es auch —, sich seiner schlechten Vorlesungen zu rühmen; aber der braucht eben keinen Lehrstuhl mehr. Im Grund ist H. nicht ein Einzelfall, sondern ein Produkt der Servusfabrik. Wie der Kapitalismus auf der Selbstreproduktion der Kapitalistenklasse, so beruht die Servilität auf der Selbstproduktion der Ordinarien. Auf zwei entscheidende Stadien dieses Reproduktionsprozesses wird im folgenden eingegangen.

Strophe 4 ... weil die H3-Stellen ja doch alle verkunkelt werden“

Diesen Nebensatz äußerte der Vorsitzende Scheja im Personalrat der rosenmontäglichen Fakultätsitzung. TOP: Besetzung einer H3-Stelle (wiss. Rat und Professor). Zur Vorbereitung dieser Besetzung hatte die Fakultät eine Berufungskommission gebildet, aus 5 Profs, 4 Assis und einem Studenten. Wie immer wurden die Assistenten ordentlich vergageiert: denn die Fakultät befaßte sich nicht weiter mit dem Bericht der Kommission, sondern V. Scheja zog stattdessen ein Papier aus dem Ärmel, und schon schlug man Haufmann für die Stelle vor.

Bereits vor längerer Zeit waren zwei H3-Stellen für Mathematik ausgeschrieben worden. Man einigte sich nach Eingang der Bewerbungen darauf, eine für Reine und eine für Angewandte Mathematik vorzusehen. Es wurde also die oben erwähnte Kommission gebildet (die Größe der Kommission wurde mit „weiter Fächerbetreuung“ begründet; bei den Assistenten war gerade wieder die „reine“ Vernunft auf dem Teller; sie meinten, dort echt mitwirken zu können).

Für die Angewandte Mathematik wurde alsbald ein Bericht vorgelegt, und die Fak schlug I. Jeggel, 2. Hausmann zur Berufung vor. Mit der Reinen Mathematik kam die Kommission nicht zu Rande, schon weil die Lobby der Reinen Mathematiker umfangreicher und ausgesprochen uneinig ist. Nach einem

Semester Tätigkeit gelang es der Kommission wenigstens, einen Zwischenbericht geben zu wollen. Diese Rechnung wurde aber ohne D. Ehlich und S. Haufmann gemacht. Denn wie der gute Hirt für seine Schafe sorgt Ehlich für seine Servi (dieser Vergleich hinkt ausnahmsweise mal nicht, denn als Presbyter hat Ehlich so seine Erfahrung mit Schafen).

Er schrieb einen Brief an den Dekan mit dem ominösen Inhalt, Haufmann habe ein sehr gutes Angebot aus Köln und man könne ihn nur mit einer H3-Stelle in Bochum halten, wofür dann die Stelle für die Reine Mathematik erhalten sollte. Die Situation wurde ausgesprochen peinlich, weil die Assistenten stocksauer waren, und weil einem Bewerber bereits zum zweitenmal hätte mitgeteilt werden sollen, man würde ihn für die nächste H3-Stelle vormerken, und weil Haufmann sowieso bereits auf der noch nicht erledigten Berufungsliste Jeggel stand. Statt Ehlich die passende Antwort auf seinen Nötigungsversuch zu geben, verkorkten die Profs die Sache weiter, bis nachweislicher Schaden für die Abteilung entstand: Sie beschlossen, Haufmann allein zur Berufung vorzuschlagen. Inzwischen lehnte Jeggel die Berufung ab, wodurch Haufmann automatisch die andere Stelle zufällt. Die H3-Stelle kann also noch einmal verkunkelt werden und bleibt bis dahin unbesetzt. Die der Stelle zufallenden Lehraufgaben werden bis dahin nicht wahrgenommen.

Es darf spekuliert werden, wer als nächster den stärksten Dominus hat oder ob Ehlich einen nächsten Wurf wagt, denn daß ein Anwärter die Stelle bekommt, dürfte recht unwahrscheinlich sein.

Strophe 5 Und noch ein Beispiel

Zu jedem Semester wird die Arbeit für die studentischen Hilfskräfte neu aufgeteilt, und es wird über Einstellungen und Verlängerungen von Verträgen entschieden. Nach welchen Kriterien dies geschieht, ist nur gerüchtweise bekannt. Der geschäftsführende Direktor des math. Instituts beruft eine Versammlung von Vertretern der Lehrstühle ein, wo Bedarf angemeldet werden kann und die Hilfskräfte zugeteilt werden. Dort wird nach dem Zugriffsverfahren vorgegangen. Wer einen schwachen Dominus hat oder wessen D. zufällig nicht selbst da ist, hat hier naturgemäß schlechte Karten. So wurden der Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik 3, der Informatik I 8 studentische Hilfskräfte zugewiesen, weil Ehlich angeblich mit 400 Hörern rechnet, die wöchentlich 4 Aufgaben einzeln abgeben sollen. Eine Zählung ergab am 12. 4. 108 Hörer, einschließlich so mancher Servi. Bei Ehlichs wirrem Vorlesungsstil wird sich wahrscheinlich die Zahl der Hörer um mindestens die Hälfte verringern. Daß Vorlesungen schlecht betreut werden, ist durchaus nicht neu, und wir werden uns kaum zu wundern brauchen, wenn die Durchfallquote bei WTh & Stat wieder einmal bei 60% liegen sollte; daß aber ausgerechnet eine Vorlesung von Ehlich dermaßen gut ausgestattet wird, läßt nur eine Erklärung zu: hier hat Ehlich für seine Unterservi ruhige Pöstchen geschaffen, wo sie sich im Schatten ihres Herrn und Meisters sonnen können, um dort zu vergehen.

Daß es hier nicht um intensive



Am Rande vermerken wir, daß D. Ehlich auch zwei Sekretärinnen hat, während sich etwa acht weniger gut bedachte Hochschullehrer um eine Scharen müssen (alle H2/H3-Stelleninhaber). Der Gebrauch des Wortes Servus soll übrigens keineswegs bedeuten, daß es diesen irgendwie besonders übel ginge; im Gegenteil, wer sich dem Dominus angehängt hat, hat recht gute Karten, wie wir noch zeigen werden.

Weshalb befassen wir uns ausgerechnet mit Ehlich, wo dieser doch im letzten Semester keine Vorlesung gehalten hat und auch sonst fast nie direkt in Erscheinung getreten ist?

Wir hatten uns ursprünglich mit zwei Fragen beschäftigt, nämlich mit der Stellung der studentischen Hilfskräfte der Abt. XI, insbesondere mit dem Verfahren der Einstellung und der Arbeitsverteilung, und mit einigen Aspekten zur Prüfungsfrage im Zusammenhang mit der hohen Durchfallquote der ersten Klausur zur Numerischen Mathematik. Auf der Suche nach dem missing link zwischen beidem stießen wir sozusagen zwangsläufig auf D. Ehlich. Bei der Gelegenheit sahen wir auch einige andere Dinge in einem neuen Licht wie etwa, daß die nachstehenden Zustände nicht Ehlich allein betreffen, sondern daß sie unüblich sind. Außerdem ist dem Fachschaftsrat erst jetzt ein übler Streich bekannt geworden, den Ehlich als Dekan (15. 4. 1970 bis 15. 4. 1971) den Studenten mit Nebenfach Elektrotechnik gespielt hat.

Strophe 1

Ehlichs hervorragendste Eigenschaft ist die eines Dunkelmannes. Dieser steckte er in seiner Amtszeit als Dekan einige besondere Glanzlichter auf. Nicht nur, daß er mehrere wichtige Dinge bewußt verschlammte, er verpaßte den Studenten einen üblen Tiefschlag. Ohne auch nur der Fakultät, die er wohl für zu dumm oder sonstwie inkompetent hielt, oder den Studentenvertretern, von denen er wohl Schwierigkeiten wegen einer solchen Schweinerei erwartete, von der Absicht in Kenntnis zu setzen, Ausführungsbestimmungen für die Prüfungen im Nebenfach Elektrotechnik auszuhandeln, setzte er sich mit dem schon moribunden Wiechowski, Prof. an der Abteilung X, zusammen und mauschelte einen aus: Danach dürfen die Mathematikstudenten an allen Prüfungsklausuren für die Studenten der Elektrotechnik teilnehmen; mit dem Unterschied, daß jene dafür das Diplom, diese aber nur die Zulassung zu einer weiteren Prüfung bekommen. Merkwürdigerweise wundern sich die Profs, warum eine so „akzept-

passender Zeit seinen Geist aufgibt, darf man bei etwas gutem Willen auf technische Mängel zurückführen. Das ist aber nicht das Schlimmste. Denn Ehlich und seine Servi treiben ein munteres Spiel namens „Wer hält die mieseste Vorlesung?“

Beispiele:
Ehlich selbst im WS 1969/70: „Den Stoff der Vorlesung notiere ich mir jeweils am Abend vorher auf einen Bierdeckel.“

Die Vorlesung ließ an Konfusität keine Wünsche offen.

Pitnauer im Herbst 1971: „Wer in meiner Vorlesung mitkommen will, wird zwangsläufig Krach mit seiner Freundin bekommen.“

Windauer Ende Sommersemester 1971: „Ich habe gewisse Schwierigkeiten beim Aufbau meiner Vorlesung gehabt.“

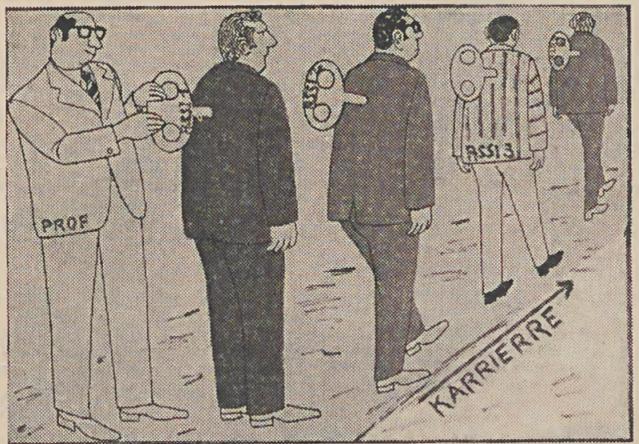
Des Hörers Schwierigkeit: Die für das Verständnis des Anfangs der Vorlesung notwendigen Kenntnisse wurden erst nach fast zwei Monaten unter die Hörer gebracht.

Die TAS-Vorlesungen pflegen sich nach der ersten Stunde schlagartig zu leeren.

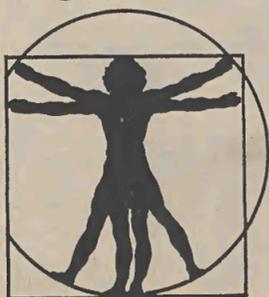
Zur didaktischen Unfähigkeit kommt eine ordentliche Unverfrorenheit. Tauchte doch S. Windauer im Fachschaftsraum auf und begehrte die Aufnahme der „Lehrkräfte“ des RZ in die Konkurrenz um den Peterson-Preis, welcher als Preis für die schlechteste Vorlesung des Semesters an der Abteilung XI ausgesetzt ist. Sie wollten offensichtlich die Fachschaft mißbrauchen, um endlich mit etwas Sichtbarem balzen zu können. Dies hätte aber dazu geführt, daß der Preis auf unabsehbare Zeit im RZ verschwunden wäre. Dies sollte aber verhindert werden.

Auch mit der fachlichen Qualifikation, besonders der Unterservi, ist es nicht schlecht bestellt. Dönekens über ihre offensichtliche Unfähigkeit, Aufgaben zu korrigieren, sind Legion. Ein besonders Hübsches sei zum Besten gegeben: Erklärte doch einer von ihnen eine Aufgabe für falsch, weil er annahm, der Schnelldrucker des RZ drucke statt zeilenweise spaltenweise. Nachdem er jedoch einen Teil der über 2000 Zahlen mit dem offiziellen Ergebnis verglichen hatte, ließ er sich von seinem Irrtum überzeugen.

Die Ausstattung des RZ ist für den Lehrbetrieb schlicht katastrophal. Sie erzeugt in den Studierenden geierhaftes Verhalten, indem sich diese, sobald ein Schreiblocher bzw. eine Konsole frei wird, gleich in Scharen auf diesen stürzen. Wir empfehlen dringendst, wenigstens die Anbringung eines Verbandkastens.



Edition Voltaire



1 Berlin 15
Brandenburgische Str. 38

Voltaire Handbücher

- 1 Malcolm X, Schwarze Gewalt. Reden Michael Schnelder, Revolution der Sprache, Sprache der Revolution, DM 6,-
- 3, 4, 5 Mao-Tse-Tung, Der Große Strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution. Herausgegeben von Joachim Schickel, DM 24,-
- 6 Ronald Steckel, Bewußtseinsweiternde Drogen. Eine umfassende Untersuchung über die Funktionsweise von Drogen, DM 10,-
- 7 Henri Lefebvre, Aufstand in Frankreich. Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern, DM 8,-
- 8 Benseler, May, Schwenger, Literaturproduzenten! Intelligenz im Klassenkampf, DM 9,-
- 9 Arno Ploog, Napalm macht frei. 60 politische Karikaturen zum Krieg in Vietnam. Mit Texten und Materialien von Jürgen Horlemann, DM 6,-
- 10/11 Karl Heinz Roth/Erkard Kanzow, Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft. Sonderausgabe, DM 18,-
- 12 Brigitte Heinrich, D-Mark-Imperialismus. Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, DM 16,-

Voltaire Flugschriften

- 2 Jean-Paul Sartre, Warum ich nicht in die Vereinigten Staaten reise, DM 1,50
- 5 Russell, Satre, Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß, DM 4,-
- 12 Abendroth, Dutschke, Nirumand u. a., Bedingungen u. Organisation des Widerstandes, DM 6,-
- 13 Günter Amendt, China. Der deutschen Presse Märchenland, DM 2,50
- 14 Black Power. Die Ursachen des Guerillakampfes in den Vereinigten Staaten, DM 2,50
- 16 Fidel Castro über Che Guevara, DM 3,-
- 20 Stokely Carmichael, Die Dritte Welt, unsere Welt. Thesen zur Schwarzen Revolution, DM 4,-
- 21 Isaac Deutscher, Der israelisch-arabische Konflikt, DM 2,50
- 22 Friede mit der DDR, DM 3,-
- 23 Peter Weiss, Bericht über Viet Nam, DM 4,-
- 24 Williams, Riggs, Großstadtguerilla, DM 3,-
- 29 Leo D. Trotzki, Die russische Revolution. Mit einem Beitrag von M. Schnelder: Stalin oder Trotzki — eine falsche Alternative, DM 4,-
- 33 H. Schwenger, Für eine IG Kultur. Die Gewerkschaftsfrage eine Bündnisfrage, DM 3,-

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Abteilung VIII:

Lehrauftrag für Kofler

Für das SS 72 erhielt endlich der Marxist Kofler auf die wiederholte Forderung der Fachschaft Sozialwissenschaften einen Lehrauftrag im Bereich der Soziologie. Schon vor einigen Semestern hatte die Fakultät unter Führung von Papalekas einen Lehrauftrag für Kofler abgelehnt. Da man ihm die wissenschaftliche Qualifikation nicht absprechen konnte, zog man sich damals mit der windigen Begründung aus der Affäre, „man könne sich über die wissenschaftliche Qualifikation Koflers nicht einigen“.

Mit der Unterstützung des AstA gelang es damals aber doch noch, es ihm zu ermöglichen, ein Seminar „Zur Methodologie der dialektischen Soziologie“ zu halten. In diesem Semester liest er über „Theorie des Staates und der Gesellschaft“. Obwohl man zuletzt doch noch zugesagt hatte, Kofler dürfe im Zusammenhang mit anderen Lehrstühlen Scheine für im Seminar erbrachte Leistungen ausstellen, gelang es damals vielen Teilnehmern am Seminar nicht, ihren Schein zu bekommen.

Leo Kofler wurde 1907 in Polen geboren, studierte an der Universität Wien (Schüler Max Adlers); Promotion und Habilitation, an der Universität Halle/S. war er von 1947 — 50 Professor für Geschichtsphilosophie, emigrierte Ende 1950 in die BRD und war von 1953 — 66 Akademiedirektor.

Kofler geriet 1949/50 wegen seiner Kritik am östlichen Diamat und seiner in seinen Vorlesungen öffentlich vorgetragenen Kritik am

Betreuung der Studenten geht, zeigt sich auch daran, daß Ehlich unseres Wissens bis jetzt noch keine verwendbare Aussage über den Inhalt seiner Vorlesung gemacht hat.

Epilogos

Wir wissen natürlich nicht, wie lange die Fakultät duldet, daß die Numeriker ihr Privatsüppchen kochen, wie lange das UP Ehlichs Tyrannos-Funktion im RZ bestehen läßt. Wie in der Gesellschaft können sich innerhalb der Uni wenige Privilegierte es sich leisten, die Interessen der Masse (hier der Studenten) mit Füßen zu treten. Es kommt darauf an, daß die Studenten lernen gegen solche Mächtschaffenden gemeinsam vorzugehen. Dazu gehört als erstes zusammenhängende Information über solche Vorgänge.

Dieser Artikel erschien im MFB 5 (Mathematik Fachschafts-Blättchen). Seine Verbreitung wurde jedoch von einigen Servi durch kindische und schwachköpfige Aktionen, wie mehrmaliges penetrantes Abreißen des MFB von allen schwarzen Brettern des Gebäudes NA behindert. Deshalb erschien eine Verbreitung durch die BSZ notwendig. uf



bürokratischen Verwaltungscharakter des Sozialismus in der DDR zusammen mit Harich und Bloch mit der SED in Konflikt.

1950 trat er unter öffentlich vortragener Kritik aus der Partei aus und wurde als „ideologischer Schädling“ von seinen Lehrfunktionen suspendiert. Er entzog sich seiner Verhaftung durch Flucht in die BRD.

Kofler ist durch eine Fülle von Veröffentlichungen vor allem zur Geschichtsphilosophie (Kritik der bürgerlichen Gesellschaftstheorien) und Literaturtheorie ausgewiesen.

Im WS 1971/72 forderte die Fachschaft unter anderem einen Lehrauftrag für Kofler zur Entlastung des Jaeggi-Lehrstuhls. Die Situation an der Abteilung ist katastrophal, der Jaeggi-Lehrstuhl hat ca. 1000 Studenten, Papalekas und Kesting bringen es vielleicht auf ca. 100 Studenten.

Das führt dazu, daß der total überlastete Jaeggi bereits im Wintersemester Bochum verlassen will, und die Studenten der Abteilung im Bereich der Soziologie nur noch bei dem Akad. Rat Kiss eine auf Emanzipation gerichtete Soziologie betreiben können.

Wann Kiss dann die Abteilung verläßt, kann sich jeder an 10 Fingern ausrechnen.

Neuer AstA- Sozialreferent

Für die aus dem AstA ausgeschiedene Sozialreferentin Eva Adameit trat in dieser Woche Hans Smit seinen Dienst als AstA-Sozialreferent an. Smit gehört keiner Hochschulgruppe an.

Papalekas-Schriften im Panzerschrank des Rektors

Der „Wohlfahrtsausschuß“ gab wieder einmal den heißen Tip und meldete: Die Schriften des Herrn J. C. Papalekas liegen im Rektorat.



Der Fachschaftsrat der Abteilung SoWi setzte sich sofort nach Bekanntwerden dieser Information mit Rektor Grosse in Verbindung. Der Rektor mußte bestätigen, daß die Schriften, nach denen seit mehreren Jahren gefahndet wird, per Einschreiben von Innsbruck, wo Papalekas die entsprechenden Prüfungen abgelegt haben soll, ans Rektorat geschickt worden waren, nachdem er in Innsbruck nochmals wegen der Schriften nachgefragt habe. Außerdem sei zwischen seinem Vorgänger, Failard und der Uni Innsbruck ein geheimer Schriftwechsel geführt worden.

In einem ersten Gespräch erklärte Rektor Grosse, daß die Arbeiten von Papalekas ohne Begleitschreiben und an den Rektor der RUB persönlich geschickt wurden und er im Augenblick nur bestätigen könne, daß Papalekas eine Dissertation und eine Habilitation verfertigt habe. Er selber habe in die Schriften noch keine Einsicht genommen (?).

Sie stammten aus dem Archiv

der Universität Innsbruck. Es handelt sich um nicht-öffentliche Prüfungsarbeiten und er, Grosse, müsse sich erst mit dem Rektor der Universität Innsbruck in Verbindung setzen, um zu klären, ob die umstrittenen Schriften der Studentenschaft zugänglich gemacht werden könnten. Außerdem will der Rektor vorher Papalekas verständigen.

Selbst der Besuch von AstA-Chef Greeven und FR-AstA-Referent Ostfalk nutzte nichts: Grosse weigerte sich energisch, den beiden einen kurzen Einblick in die Schriften zu gewähren — mit der bereits genannten formalen Begründung. Auf welcher Rechtsbasis Grosse sich so verhält ist uns schleierhaft. Diese Weigerung einer kurzen Einsichtnahme (keine Fotokopie!) in wissenschaftliche Arbeiten ist ein Skandal!

„Sie müssen sich bis Donnerstag gedulden“ meint Grosse, „jetzt, wo Sie sich so lange darum bemüht haben, kommt es auf die zwei Tage auch nicht mehr an.“ Daß die Arbeiten heute fotoko-

piert werden können, wagte er aber nicht zu bestätigen.

Was muß es mit diesen Schriften auf sich haben, wenn ein solcher Geheimnissummel damit gemacht wird, wenn sie in Innsbruck unzugänglich in einem Archiv aufbewahrt werden (und nicht in der Uni-Bibliothek), wenn sie in keinem Hochschulschriftenverzeichnis aufgeführt sind, wenn es ein äußerst hartes Stück Arbeit war, über die Schriften etwas in Erfahrung zu bringen (Der „Wohlfahrtsausschuß“ kann ein Lied davon singen)?!

Wir wollen hoffen, daß das Rektorat sich nicht weigern wird, den Studenten diese Schriften schließlich doch zugänglich zu machen (Die Druckkosten übernimmt natürlich der AstA), denn Grosse erklärte immerhin, daß es es grundsätzlich nicht billige, wenn Dissertationen und Habilitationen nicht der wissenschaftlichen Forschung zugänglich seien.

In jedem Fall: Der FR SoWi wird diese Arbeiten von Papalekas bekommen, weil wir es keine Minute länger dulden werden, daß uns wissenschaftliche Schriften durch Türen von Panzerschränken vorenthalten werden, speziell die des Herrn Papalekas!

Studentische Literatur KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Bochum, Lennershofstraße 156 hinter der alten Mensa

Kontakt-Nachlese



Enttäuschung gab es bei einigen Kontaktpartnern, die sich am Kontaktspiel der BZS beteiligten: Mehrere Briefe kamen als unzustellbar zurück. Hier sind die Namen der Damen und Herren, die sich beteiligten, aber postalisch nicht erreichbar waren:

Banisch, Birkhau, Bretzke, Ferber, Fischer, Gross, Henning, Kiske, Kunz, Laaser, Reuter, Schmidtman, Schocke, Sies, Tiemann.

Kontaktadressen können täglich zwischen 13 und 14 Uhr im Fachschaftsraum der Abtlig. Physik abgeholt werden.

Men like its flavor Women love its aroma

Großpackung 250g 12.50 DM



Antikapitalistische Demonstration Samstag, 29. 4. 1972 in Bonn Näheres über Flugblatt



Nicht vergessen: In 4 Monaten werden die Olympischen Spiele eröffnet

Die Chronik

12. April: In einem Gespräch mit Bundeskanzler Brandt äußern die Polizeipräsidenten mehrerer deutscher Großstädte die Bitte zu prüfen, ob das Versammlungsrecht in vollem Umfang Ausländern zugestanden werden soll.

12. April: Der Freispruch vom 21. 5. 71 für Horst Mahler im Prozeß wegen der Baader-Befreiung wird vom 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs aufgehoben. Mahler befindet sich bereits seit mehr als 18 Monaten in Untersuchungshaft.

14. April: Vertreter aller im Bundestag sitzenden Parteien fordern „mehr Disziplin“ in der Bundeswehr und bessere „verteidigungspolitische Information“ — spricht Wehrkunde — in den bundesdeutschen Schulen.

14. April: Die „Liberalen Aktion“ und die „Reformsozialisten“ am Berliner Otto-Suhr-Institut, an dem eine Reihe fortschrittlicher Vorstellungen verwirklicht werden konnten, streben die Auflösung des OSI an und fordern die „marxistische OSI-Fraktion“ auf, sich einem anderen Fachbereich anzuschließen. Die Professoren der „Liberalen Aktion“ wollen die Diplom-Prüfungen im Juni boykottieren.

15./16. April: An diesem Wochenende beherrschen wieder einmal Gummiknüttel schwingende Polizisten Frankfurts Stadtbild. Die Frankfurter Polizei geht mehrfach gegen Demonstrationen von Bewohnern besetzter und bestreikter Häuser vor. Für vier der besetzten Gebäude, die vorher leerstanden, droht polizeiliche Räumung. Die Demonstranten erhielten einen Vorgeschmack polizeilicher Methoden.



Prügelnde Polizei — heißes Wochenende in Frankfurt

17. April: Der Bonner-AstA-Vorsitzende und MSB-Mitglied Thies wird von Rektor Schmitt, Mitglied der Bundes „Freiheit der Wissenschaft“, für ein Semester vom Studium ausgeschlossen, der Student Weiland, KSV-Mitglied, wird auf Lebenszeit von der Bonner Universität verwiesen. Zwei Tage später wird die Relegation Thies vom Kölner Verwaltungsgericht vorläufig aufgehoben.

17. April: Weil er zum 1. Mai 1970 Plakate mit der Parole „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ gedruckt hat, wird der Drucker und Journalist P. Zahl in Berlin-Moabit zu einem halben Jahr Gefängnis — wenn auch auf Bewährung — verurteilt, da, so das Gericht, der Plakattext die Aufforderung zur Gefangenenbefreiung darstelle. Der Vorsitzende Richter war übrigens seit 1931 Nazi und u. a. Funktionär im Nazi-Studenten- und Juristen-Bund.

19. April: Gegen das seit einigen Monaten von Schülern, Lehrlingen und jungen Arbeitern besetzte „Georg-von-Rauch-Haus“ in Berlin wird um vier Uhr morgens eine Großrazzia durchgeführt. 400 Polizeibeamte werden auf die 66 Bewohner angesetzt. Ziel der Aktion: „Aufdeckung von Straftaten“. Ergebnis: 27 vorläufige Festnahmen, fünf Verhaftungen, Zerstörung eines Resozialisierungsprojekts.



19. April: Innenminister Genscher kündigt den Ausbau des Ausländer-Zentralregisters, in dem die in der BRD lebenden ausländischen Staatsbürger erfasst sind, an.



So rotten wir die Linken aus

20. April: In Köln beginnt ein Prozeß gegen fünf griechische Antifaschisten (drei Studenten, ein Journalist, ein Gastwirt). Ihnen wird „Kriminelle Vereinigung“ und Sprengstoffvergehen vorgeworfen.

21. April: Durch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird bekannt, daß vor ca. drei Wochen zwei Polizeibeamte in Zivil auf einen flüchtenden Autofahrer schossen. Der 26jährige Arbeiter aus dem Kreis Dieburg hatte die Flucht ergriffen, als die beiden Beamten sich mit gezückter Waffe und ohne sich auszuweisen seinem Wagen näherten. Eine Kugel durchschlug die Heckscheibe und verletzte nur knapp den Kopf des Fahrers.



24. April: Wie im „Spiegel“ an diesem Tag bekannt wird, war der „humanitäre“ Akt der Ausreise von Mangakis aus dem faschistischen Griechenland als Einleitung zu einem Tauschgeschäft gedacht. Die Bundesrepublik wollte im Austausch gegen ausgewählte politische Gefangene — ob Kommunisten unter ihnen gewesen wären, muß bezweifelt werden — die Athener Machthaber mit Waffen versorgen.

In der gleichen Spiegel-Ausgabe wird über den Wunsch der deutschen Polizei berichtet, ebenfalls mit mehr Waffen versorgt zu werden. Der Bund deutscher Kriminalbeamter und die Gewerkschaft der Polizei fordern als Polizei-Ausrüstung Neun-Millimeter-Revolver mit „mannstoppender Wirkung“. Halali!



Diesen „mannstoppenden“ Revolver wünscht sich die Polizei

25. April: In Aachen räumt die Polizei ein von Lehrlingen besetztes Haus mit Gewalt. Das Haus, das vorher monatelang leerstand, gehört einer Brauerei, die Anzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die Lehrlinge erstattete.

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greeven (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Löszlo Ostfalk (SHB), Hannes Sanger (SAG). Redaktion: Bernd Holzrichter (verantw.), Harald Jung (SAG), Axel Jost (SHB), Jörg Böhnk. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60. Auflage 10 000 Exemplare. Anzeigenleitung: Halo Mulsow. Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16. Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.

Gebrauchtwagen Ausstellung

Witzel-Tiefgarage

OPEL KADETT Modell 1970	3990,- DM
FORD 12 M Baujahr 1970	4590,- DM
RENAULT 12 TL	5590,- DM
RENAULT 16 TL Modell 68	3490,- DM
RENAULT 16 TS Baujahr 1970	6390,- DM
VW 411 Baujahr 1969	3690,- DM
OPEL KADETT CARAVAN Baujahr 1969	3590,- DM
VW 1300 Baujahr 1966	1790,- DM

Studenten gegen Vorlage des Studentenausweises 10 % Rabatt

Unsere Fahrzeuge sind zuverlässig und werkstattgeprüft



WITZEL GMBH
Kraftfahrzeuge
BOCHUM
Freudenbergstraße 27/31
Telefon 5 26 51

SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

		Nicht-mitgl.	Stud.
Samstag, 29. 4. 72 20 Uhr	GEORGE MAYCOCK TRIO, Panama Modern Swing	5,-	4,-
Montag, 1. 5. 72 20 Uhr	HAGAW ASSOCIATION, Warschau Dixieland-Konzert	8,-	7,-
Samstag 6. 5. 72 20 Uhr	CHRISTOF STÄHLIN, Göttingen eigene Chansons	5,-	4,-
Samstag 20. 5. 72	EXSEPTION, OPUS, Horst Steffen Sommer Ruhrland-Halle Vorverkauf: Kunst- und Bücherscheune, Spektrum		

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE
Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.